



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/167

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

14. November 1949

Drei Völker und ihre Freiheiten

Von Dr. Klaus-Peter Schulz

Gemeint ist natürlich die eine und unteilbare Freiheit, die wohl ein jeder Sterblicher als Idee, als Hoffnung oder als Stolz mehr

oder minder klar in seinem Herzen trägt. Hier, also im unbewussten Raum, kann es nur eine Freiheit geben und nicht mehrere. Freiheit

als politische und gesellschaftliche Realität kennt jedoch die verschiedenartigsten Spielregeln, in denen sie ihren Ausdruck findet

und die ihren letzten und wesentlichsten Postulaten mehr oder minder gut bekommen.

Vom Beginn der Neuzeit ab und nach dem Versinken des uralten Kulturlandes Italien in jahrhundertelange Geschichtslosigkeit bilde-

ten drei Völker mit aller Tragik ihrer wechselseitigen Beziehungen die wesentliche politische Substanz Europas: das englische, das franzö-

sische und das deutsche. Sie tun dies, trotz aller unendlichen und unwälzenden Erschütterungen der letzten fünfzig Jahre, im grossen

und ganzen auch heute noch. Die Verwirklichung der Freiheit ist ein so uraltes und urechtes europäisches Anliegen, dass für die Zukunft

unseres Kontinents Entscheidendes davon abhängen dürfte, ob es den drei grossen Völkern gelingt, ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet in

Übereinstimmung zu bringen. Man kann die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen aus der Geschichte beweisen; sie haben aber dann Über-

zeugungskraft nur für den, der die Geschichte kennt. Man kann sich aber von den Unterschieden deutlicher noch überführen lassen, wenn

man den Spuren der Geschichte gegenständlich im Alltag gegenübertritt.

In England entdeckte man gleichsam den Mechanismus funktionierender Freiheit in der Selbstdisziplin. In England wird sie seit

Jahrhunderten vom Volke selbst als einem unbewussten Kollektiv vollzogen. Das klingt, wenn man es hinschreibt, überaus nüchtern und

einfach, aber was für ein jahrhundertelanger und mühseliger Erziehungsprozess steht dahinter! Wollte man daher dem Engländer heute

umständlich auseinandersetzen, seine Nation habe geschichtlich bewiesen, dass erst der Weg über die Ordnung einer in sich disziplinierten Gemeinschaft das Individuum gebäre und dessen Recht gewährleiste, so würde er wahrscheinlich verdutzt aufblicken und die Achseln zucken vor soviel Kompliziertheit. Er kann das theoretische Verständnis auch entzweit, weil er praktisch mit einer Instinktsicherheit daneben handelt, die fast an Unfehlbarkeit gemahnt. Es gibt im sozialen Zusammenleben und -Wirken Englands Gesetze des guten Geschmacks, die niemand verletzt. Auch heute noch tritt man auf den Kasernenhöfen nicht gerade mit Begeisterung in Reih und Glied an, wohl aber an den Autobushaltestellen und vor den Lebensmittelgeschäften. Das Individuum entdeckt sich sozusagen von selbst im Du und respektiert den eigenen Daseins- und Freiheitswillen in jedem Mitbürger.

Den viel beweglicheren und weniger nüchternen Franzosen ist es trotz allen unerhörten und erschütternden Reichtums ihrer Geschichte bis heute nicht gelungen, einen von selbst funktionierenden Mechanismus der Freiheit zu finden. Aber sie haben immer wieder mit dem Einsatz ihres Lebens um die Verwirklichung jener Liberté gekämpft, die man sich wohl nirgends so leidenschaftlich als Göttin vorstellt wie in Frankreich. Paris, das in viel stärkerem Masse das Land als Ganzes repräsentiert als irgend eine Hauptstadt anderer Länder, stieg 1789 auf die Barrikaden wie 1830, 1848 wie in den Zeiten der Pariser Commune und schliesslich nicht zuletzt in den jüngst vergangenen Tagen der Résistance. Noch immer aber gibt es einen französischen Individualismus, dessen schrankenlose Betätigung die Freiheit gefährden oder gar unmöglich machen würde. Da man hier im Gegensatz zu England das ungeschriebene Gesetz nicht zu entdecken vermochte, beugte man sich, um wenigstens eine Teillösung zu erreichen, dem geschriebenen. Staat und Behörde müssen in Frankreich dem Bürger viel mehr verbieten als in England, aber die einmal zum Wohle des Ganzen beschlossenen Gesetze ruhen nicht in den Archiven, sondern leben im Volk. In Frankreich, so will es der Citoyen, muss jedes die Freiheit einschränkende Verbot interpretiert werden: und zwar geschieht dies in bündigster Form durch den Hinweis auf die jeweilige nationale oder kommunale Gesetzgebung, die das Verbot offiziell rechtfertigt und es damit fast schon erklärt. Hier also wird die Freiheit nicht im Unbewussten, sondern im Gesetz respektiert, und jedes Gesetz hat in diesem Volk, dessen grösste Staatsmänner seit eh und je aus dem Advokatenstande hervorgingen, eine fast sakrale Bedeutung.

Deutschland hat bis heute seine Bastillen nur im Geiste erstürmt.

Ihm fehlt bis heute die politisch so schöpferische Mitte der Selbstdisziplin oder der Respekt vor dem Gesetz. Wir haben es bis heute

nicht gelernt, uns unmittelbar im Mitbürger oder auch über den Umweg parlamentarischer Repräsentationen zu achten und uns unser Lebensrecht

gegenseitig nicht zu beschneiden. Noch immer ist Deutschland das klassische Land der Verbotstafeln, wobei man die Tatsache selbst,

ohne jeden erklärenden Einweis, als selbstverständlich hinnimmt. Dieser merkwürdige Zustand wird solange dauern, bis wir ihn als notwendige Folge eines falschen Freiheitsbegriffes erkannt haben. Er besteht in schonungsloser He-tätigung der Ellbogenkraft vieler einzelner gegeneinander, die schliesslich immer wieder den relativ Starksten obsiegen lässt und die Masse der anderen in Untertanen oder

fast schlimmer noch in "Gefolgsmänner" moderner Prägung verwandelt.

1) Weil diese kleine Betrachtung am Rande geschrieben ist, bleibt sie absichtlich ohne Schlussfolgerung. Sie will lediglich selbst-

beobachtete Eindrücke so unbefangen wie möglich wiedergeben. Ein produktives Nachdenken über Tatsachen und sich aufdrängende Vergleiche wiegt ja allemal schwerer als jedes suggerierte Rezept.

Die wirtschaftliche Seite der deutsch-französischen Beziehungen

Von unserem Pariser Vertreter Alfred Frisch

Der Besuch des deutschen Wirtschaftsministers in Paris und die damit verbundene Vorbereitung eines neuen deutsch-französischen Handelsvertrages rücken die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarländern in den Vordergrund.

Die offiziellen französischen Stellen, die absichtlich der Reise Professor Ehrhards lediglich einen offiziellen Charakter geben, sind, was die Ergebnisse der Besprechungen betrifft, noch wie vor sehr zurückhaltend. Im Interesse der Sache möchte man jede Unruhe und jeden Widerstand in der für demagogische Versuche sehr anfälligen öffentlichen Meinung vermeiden. Der Leiter der Ausserwirtschafts-

abteilung des "Quai d'Orsay", Herve Alphand, erklärte sogar, man beabsichtige keineswegs den Abschluss eines neuen Handelsvertrages, sondern habe sich lediglich, wie das auch mit anderen Ländern periodisch üblich sei, über die Möglichkeiten eines erwarteten Warenaustausches

unterhalten wollen.

Diese Interpretation ist zweifellos, nach zuverlässigen Informationen zu schliessen, zu eng. Gewiss, der augenblickliche

deutsch-französische Handelsvertrag ist noch bis Ende Juni 1950 gültig, und es ist wohl nicht beabsichtigt, ihn formell durch einen anderen Vertrag zu ersetzen, zumal nach französischen Angaben seine Durchführung bisher recht zufriedenstellend war. Aber in der Sache ist man jedoch auf der französischen Seite gewillt, den deutsch-französischen Warenaustausch auf eine neue Grundlage zu stellen.

Beispielgebend waren hierfür die von Deutschland in den letzten Monaten mit der Schweiz, mit den Niederlanden, mit Norwegen und mit

Österreich unterzeichneten, mehr oder weniger kontingentfreien Abkommen. Frankreich ist zwar nicht bereit, im Verkehr mit Deutsch-

land völlig auf die Festsetzung von Kontingenten zu verzichten, ebensowenig wie auf das damit zusammenhängende Recht, den deutschen

Warenstrom nach eigenem Ermessen teils in das Mutterland, teils in die überseeischen Gebiete zu lenken. Es dürfte aber nichts dagegen

haben, die Kontingentierung von der Regel zur Ausnahme werden zu lassen. Die Verpflichtung, im innereuropäischen Warenverkehr global

für 50 Prozent der Einfuhr die Kontingentfestsetzung fallen zu lassen, erleichtert diesen Übergang ganz wesentlich.

Die wohl noch bis Ende des Jahres andauernden Handelsvertragsverhandlungen streben als Hauptziel eine bedeutende Steigerung des

deutsch-französischen Warenverkehrs an, (Professor Erhard gab die Ausweitung des deutsch-französischen Warenverkehrs auf 500 Millionen

D-Mark als Ergebnis seiner Verhandlungen an), in dem die überseeischen Gebiete der Französischen Union ständig an Bedeutung gewinnen.

Während für das Mutterland von verschiedenen Industriezweigen die deutsche Konkurrenz stark gefürchtet wird, sind die Reibungsflächen

in den überseeischen Gebieten wesentlich geringer, zumal in vielen Fällen die französische Industrie nicht in der Lage ist, den ansteigenden Bedarf zu befriedigen.

Von entscheidender Wichtigkeit für Deutschland ist auch seine etwaige Beteiligung an der geplanten Wirtschaftseinheit zwischen

Frankreich, Italien und den Beneluxländern, die den Namen "Eura-Lux" erhalten hat. Bei den Vorbereitungsarbeiten haben die fran-

zösische Stellen zunächst an eine deutsche Beteiligung nicht gedacht. Augenblicklich scheint jedoch ein Wandel einzutreten, und

man beginnt zu verstehen, dass sowohl die allgemeinen Verhältnisse, als auch die besonderen Interessen der Vereinigten Staaten auf einer Ausdehnung von "Eritalux" auf Westdeutschland bestehen. Dazu kommt ein gewisser Druck durch die stark realistisch eingestellten französischen Wirtschafts- und Finanzkreise. Die zuständigen Stellen beginnen daher erfreulicherweise eine deutsche Beteiligung ernstlich in Erwägung zu ziehen und ihre ersten Pläne entsprechend abzuändern.

Trotz aller noch zu erwartenden, materiellen und psychologischen Schwierigkeiten darf also die zukünftige Entwicklung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen durchaus optimistisch beurteilt werden.

Messerschmitt in Bonn

H. Ministerialdirektor Wandersleb, der übrigens das Staatssekretariat im Wohnungsbau-Ministerium übernehmen soll, hat kürzlich die bereits früher aufgenommenen Verhandlungen mit dem Flugzeugkonstrukteur Prof. Willi Messerschmitt fortgesetzt. Es ist geplant, in Bonn zunächst 100, insgesamt aber im Verlaufe eines Jahres 1.000 neue Häuser mit etwa 5.000 Wohnungen nach der neuartigen Messerschmittbauweise aufzustellen. Die Bauarbeiten sollen kurzfristig in Angriff genommen werden.

Das Wohnungsbauministerium lässt zurzeit ein Gutachten darüber ausarbeiten, ob das Messerschmitt-Haus zweckmässiger als das Steinhaus nach althergebrachter Bauweise ist. In Bayern wurden bereits mehrere ein- bis dreistöckige Versuchsbauten in der Messerschmittbauweise ausgeführt. Die Häuser wurden in der Rekordzeit von 13 Tagen im Rohbau fertiggestellt. Verputzarbeiten und Installation nehmen dann noch zwei Wochen in Anspruch. Bonn will nun die Messerschmitt-Bauweise im grossen Stil erproben.

"Ich bin in der Lage, innerhalb eines Jahres rund 5.000 Wohnungseinheiten in Bonn aufzustellen", erklärte Professor Messerschmitt den Bonner Behörden. Zunächst sollen 200 Wohnungseinheiten innerhalb eines Vierteljahres ausgeführt werden. Bis Ende April 1950 sollen 1.000, bis Anfang Juli 1950 dann 1800 Wohnungseinheiten stehen. Professor Messerschmitt ist sich noch nicht darüber im klaren, ob

die Bauteile in seiner Augsburgener Fabrik hergestellt werden, oder ob er in Köln ein eigenes Werk bauen soll. Er steht zur Zeit mit einer Finanzgruppe in Verhandlungen, um in Westdeutschland Lizenzunternehmen einzurichten. "Eigentlich ist meine Fabrik nur eine Ziegelei, die zehnmal grössere Ziegel macht als die gewöhnlichen", sagte er. In diese Riesenziegel sind allerdings die Wasserleitungs- und Gasrohre, sowie Stromleitungen, Fenster- und Türrahmen bereits eingebaut. Dabei handelt es sich keinesfalls um genormte Einheitshäuser, sondern die genormten und auf dem Fließband hergestellten Einzelteile werden nach ausgefertigten Plänen der Auftraggeber und den Wünschen der Eigentümer entsprechend zusammengebaut. Abgesehen von der raschen Verstellung liegt der Vorteil seiner Bauweise, so sagte Dr. Messerschmitt, in dem günstigen Preis. Das Haus koste nur 50 bis 60 Prozent eines gleich grossen Ziegelhauses. Die Lebensdauer eines Messerschmitt-Hauses sei der eines Ziegelhauses gleichzusetzen.

In Bonner politischen Kreisen wird zur Zeit die Frage lebhaft diskutiert, ob die Messerschmitt-Bauweise populär werden könne. Das Endmodell, das die Fertigung im Grossen erlaubt, wird dieser Tage abgeschlossen sein. Bonner Politiker werden dann die Möglichkeit haben, es zu besichtigen und auch Verbesserungen vorzuschlagen. Bisherige Gutachten von Fachleuten stellen fest, dass die Messerschmitt-Bauweise trotz mancher Nachteile mit die aussichtsreichste in der Entwicklung moderner Bauweisen sei.

Versuch einer Reorganisation der bayerischen SPD

M.R. München, im November

Der Landesausschuss der SPD in Bayern hat auf Vorschlag seines Vorsitzenden, Waldemar von Knöringen, einen Beschluss gefasst, der die "Reorganisation der Partei" zum Ziele hat. Ausgangspunkt für diese Reorganisation ist der Versuch, eine Teilung der Funktionen zwischen den organisatorischen und den politischen Aufgaben der Partei durchzuführen. Ausschlaggebend war die Erkenntnis, dass das bisherige Organisationsprinzip keine ausreichende Gelegenheit bot, den benötigten parlamentarischen Nachwuchs aus der Masse der Mitglieder zu schälen.

Nach dem neuen System kann sich jedes Mitglied, das seit 1945 der SPD angehört, für eine Kandidatur zu den parlamentarischen Körperschaften, Bundestag, Landtag, Stadt- und Gemeindeparlament, bewerben. Neben einem politischen Lebenslauf muss der Bewerber einen Arbeitsplan vorlegen, der die politisch-propagandistische Durcharbeitung seines Stimmbezirkes zur Grundlage hat und er muss sich ausdrücklich bereit erklären, die mit der Übernahme der Kandidatur erwachsenden Verpflichtungen, z.B. Abhaltung von Versammlungen, Sprechstunden usw., einzuhalten, gleichgültig, ob er gewählt wird oder nicht. Nicht gewählte, aber befähigte Kandidaten werden zu einer regionalen Arbeitsgruppe zusammengefasst, die ein gewählter Abgeordneter laufend über die Vorgänge im Parlament orientiert. Diese Kandidaten-Organisation übernimmt keine organisatorische Funktionen.